



Sitzungsvorlage 610/605/2020

Amt/Abteilung: Abteilung Stadtplanung und Stadtentwicklung Datum: 04.03.2020	Aktenzeichen: 61_31/610-St FNP		
An:	Datum der Beratung	Zuständigkeit	Abstimmungsergeb.
Stadtvorstand	09.03.2020	Vorberatung N	
Stadtrat	17.03.2020	Entscheidung Ö	

Betreff:

Smart City Landau; Grundsatzbeschluss und Förderantrag „Modellprojekte Smart Cities,, des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt Landau will Technologien einer „Smart City“ nutzen. Dabei sollen digitale Technologien so eingesetzt werden, dass sie der Stadtgesellschaft als Gemeinschaft dauerhaft dienen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Antrag im Rahmen des Förderprogramms „Modellprojekte Smart Cities“ des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat einzureichen, über das sowohl eine „Smart City Strategie“ als auch konkrete Projekte und Maßnahmen gefördert werden können.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage einer „Smart City Strategie“ geeignete Projekte mit den zuständigen Akteuren zu erarbeiten und deren Finanzierung im nächsten Haushalt abzubilden. Dabei sind die haushaltsrechtlichen Auflagen und Bestimmungen der Aufsichtsbehörde zu berücksichtigen.

Begründung:

1. Der Begriff „Smart City“

Der digitale Wandel durchdringt sämtliche gesellschaftliche Bereiche und betrifft alle Städte und Regionen – ganz gleich, ob sie sich Digitalisierungsprozessen annehmen oder nicht (Smart Cities in Deutschland – eine Bestandsaufnahme, Berlin 2018 (Difu-Paper)). Der Begriff „Smart City“ bezeichnet dabei die Vision einer durch digitale Technologien unterstützten Stadtentwicklung und subsumiert eine Vielzahl verschiedener Interpretationen des Begriffs, die von infrastrukturellen Megaprojekten wie der Neuplanung ganzer Städte (Masdar City) bis zu sozialen Gemeinschaftsprojekten auf Nachbarschaftsebene (Nachbarschaftshilfe-App) reichen.

2. Smart City in Deutschland

Die Möglichkeit digitale Ansätze passgenau zu nutzen, stellt die Städte vor große Herausforderungen, bietet jedoch gleichzeitig ein großes Spektrum an Chancen zur Verbesserung der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger.

Von den 200 einwohnerreichsten Städten Deutschlands weisen rund ein Drittel erkennbare Smart City-Ansätze auf, wovon sich lediglich die Hälfte (~33) mit umfangreichen Strategien und Umsetzungsprojekten beschäftigt. Resultierend aus der rasanten Technologieentwicklung ist jedoch ein erhöhter Handlungsdruck zu erwarten, der die Städte dazu bringt den digitalen Wandel aktiv zu gestalten, um im digitalen Zeitalter konkurrenzfähig zu bleiben.

Vor diesem Hintergrund hat die Stadt Landau bereits im vergangenen Jahr das Beratungsbüro SynappCity - Urban Change Strategies aus Karlsruhe beauftragt gemeinsam mit der Stadtverwaltung Potenziale herauszustellen und die Grundlage für eine gesamtheitliche Strategie zu schaffen.

3. Bisherige Richtungsdiskussion in Landau

So konnten in Kooperation mit dem Beratungsbüro erste Vorstellungen zu einem gemeinsamen strategischen Ansatz entwickelt werden. In einem verwaltungsinternen Workshop wurden für Landau vier Handlungsfelder

- Bürgerfeedback
- Verkehr und Mobilität
- Handel und
- Energie, Klimaschutz und Facilitymanagement

erörtert, die künftig Bestandteil einer umfassenden Strategie werden sollen. Die Handlungsfelder wurden in einem zweiten Workshop im Februar 2020 mit Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der Verwaltung, Vereinen und Verbänden sowie innovativen Landauer Unternehmen vertieft behandelt.

Ziel war unter anderem die Erarbeitung eines Leitbildes einer möglichen Strategie. Als wesentliches Leitschema eines Landauer Smart City-Verständnisses wurde herausgestellt, dass der Mensch in die Mitte aller Überlegungen rückt und sich die Strategie dementsprechend viel mehr auf Prozesse, Abläufe und Dienste konzentriert, als auf bestimmte Technologien. Dabei steht im Fokus, den Akteuren der Stadtgesellschaft das alltägliche Leben bzw. die alltäglichen Geschäfte zu erleichtern. Das heißt, an den bestehenden Bedürfnissen und Problemen anzusetzen und nachfolgend zu identifizieren, wie unter anderem durch den Einsatz der digitalen Möglichkeiten die Abläufe im Lebensalltag der Menschen vereinfacht werden können. Ein Beispiel, das von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Workshops diskutiert wurde, ist die Nahversorgungssituation in den Stadtdörfern. Es ist zu erwarten, dass durch den demografischen Wandel die Zahl der mobilitätseingeschränkten Einwohnerinnen und Einwohner steigt. Eine alltägliche Herausforderung für die Bewohnerinnen und Bewohner im eher ländlichen Umfeld, könnte die Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs werden. Von dieser Herausforderung ausgehend („der Mensch im Mittelpunkt“), wurde die Frage aufgeworfen, wie durch den Einsatz neuer Technologien und digitaler Dienstleistungen die Versorgung gewährleistet werden kann.

Diese Tendenz ist bezeichnend für Landau und unterscheidet sich grundlegend von anderen „Smart City“ Ansätzen, die zunächst die Technologie in den Mittelpunkt stellt, um nachfolgend zu erörtern in welchen Gebieten diese eingesetzt werden können. Vor diesem Hintergrund wird die Verwaltung beauftragt, entsprechende Projekte mit den zuständigen Akteuren zu erarbeiten und zu initiieren.

4. Förderprogramm „Modellprojekte Smart Cities“

Die in den Workshops erörterte Ausrichtung Landaus stimmt mit der Zielsetzung der zweiten Auflage des Förderprogramms „Modellprojekte Smart Cities: Stadtentwicklung und Digitalisierung“ des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat überein. Das Programm steht in diesem Jahr unter dem Motto „Gemeinwohl und Netzwerkstadt / Stadtnetzwerk“.

Im Rahmen des Modellprojekts fördert die Bundesregierung die digitale Modernisierung der Kommunen. Ziel der Bundesregierung sind lebenswerte und handlungsfähige Kommunen. Dazu sind neue Technologien in den Dienst der Menschen und übergeordneter Ziele des Gemeinwohls zu stellen (Merkblatt Modellprojekte Smart Cities, KfW 2020).

Die Modellprojekte Smart Cities bestehen aus zwei Phasen:

- a) Entwicklung kommunaler Ziele, Strategien und Maßnahmen zur Gestaltung der Digitalisierung → Strategiephase → „Smart City“ Strategie für Landau
- b) Umsetzung der Ziele, Strategien und Maßnahmen → Umsetzungsphase → Umsetzung konkreter „Smart City“ Projekte

Die geförderten Smart City Strategien müssen von Beginn an darauf ausgerichtet sein, durch Ratsbeschluss Verbindlichkeit zu erlangen. Eine Förderung ist nur bei entsprechend vorliegendem Ratsbeschluss möglich.

Förderquote

Der Zuschuss beträgt in der Regel 65 Prozent der förderfähigen Kosten bei einem Eigenanteil von 35 Prozent der förderfähigen Kosten. Bei Kommunen, die nach Landesrecht in Haushaltsnotlage sind, erhöht sich der Zuschuss auf 90 Prozent der förderfähigen Kosten, bei einem Eigenanteil von 10 Prozent. Es ist davon auszugehen, dass für Landau die erhöhte Förderquote gilt.

Die Maximalhöhe der förderfähigen Kosten der Strategiephase beläuft sich auf 2,5 Millionen Euro, die Maximalhöhe der Umsetzungsphase auf 15 Millionen Euro innerhalb des Förderzeitraums.

Förderzeitraum

Die Strategiephase soll innerhalb eines Zeitraums von 24 Monaten fertiggestellt sein. Die Umsetzungsphase soll innerhalb eines Zeitraums von 5 Jahren beginnend ab dem Zeitpunkt der Auszahlung der letzten Rate der Strategiephase, abgeschlossen sein. Bewerbungsschluss für das Programm ist der 20. April 2020.

Nächste Schritte

Im nächsten Schritt wird die Stadt Landau gemeinsam mit dem Büro Synapp City den Förderantrag vorbereiten, so dass dieser fristgerecht bis zum 20. April 2020 gestellt werden kann. Parallel hierzu wird die Erstellung der städtischen Smart City Strategie fortgeführt. Bei Förderzusage könnte diese bereits aufbereitete „Smart City“ Strategie als Grundlage der 24-monatigen Strategiephase verwendet und weiter ausgearbeitet werden.

Nachhaltigkeitseinschätzung:

Die Nachhaltigkeitseinschätzung ist in der Anlage beigefügt:

Ja / Nein

Beteiligtes Amt/Ämter:

Dezernat II - BGM

Dezernat III - hauptamtlicher BGO

Dezernat IV - ehrenamtlicher BGO

Büro für Tourismus

Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb

Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung

Gebäudemanagement

Hauptamt

Informationstechnik

Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerbeteiligung

Umweltamt

Schlusszeichnung:

